

Herr Ludwigs berichtet, dass die OGTS mit einer Gruppen nach den Sommerferien starten werde. Z. Zt. lägen 19 Anmeldungen vor.

Weiter teilt Herr Derscheid mit, dass das Personalkonzept für die OGTS stehe; dass Personal sei aus den Betreuungskräften der 13 Plus Maßnahme übernommen worden, eine Fachkraft als Erzieher/in sei ausgeschrieben. Verträge, die mit den Eltern geschlossen werden müssen, seien zum Teil schon umgesetzt. Eltern, Kinder und Lehrer hätten an einem Probeessen der Firma Apetito begeistert teilgenommen. Es werde mit der Firma ein Probevertrag abgeschlossen. Der Tagesablauf für die Grundschule stehe und sei auch schon im Mitteilungsblatt veröffentlicht. Verträge mit den Vereinen ständen kurz vor dem Abschluss. Die Ausschreibung für die Schulmöbel liefe bereits. Die Fertigstellung der OGTS sei in den Herbstferien zu erwarten.

Herr Müller fragt nach, ob Sportvereine in der OGTS einbezogen seien.

Herr Derscheid teilt mit, dass der Turnverein Eitorf, DLRG, Jazzin Motion, Verein zur Gesundheitsförderung, Malen und zwei Angebote der Betreuung mit einbezogen werden.

Herr Müller fragt nach, ob die bestehenden Nutzungszeiten der Sportvereine und der Schulen durch die Einrichtung der OGTS tangiert seien.

Herr Derscheid erklärt, dass die freien Kapazitäten genommen wurden, damit kein Sportangebot verdrängt werde.

Herr Duldhardt regt an, die Werbetrommel für OGTS zu rühren, da 19 Kinder nicht viel seien.

Herr Derscheid erklärt, dass die Verwaltung Werbung mache, er habe aber das Gefühl, dass die Eltern erst mal abwarten bis die OGTS anläuft.

Herr Ludwigs weist daraufhin, dass die Fraktionen und die Lehrer ebenfalls Werbung für die OGTS machen sollen.

Herr Derscheid teilt mit, dass in der Startphase der OGTS jede Woche ein Bericht im Mitteilungsblatt über den Sachstand veröffentlicht werde.

Herr Duldhardt fragt nach, ob die geringe Anmeldezahl Auswirkungen auf die Finanzierung habe.

Herr Derscheid berichtet, dass die Personalkosten so angepasst werden, dass es auch finanziell keine Auswirkungen habe. Die Verwaltung müsse im dritten Jahr mindestens 68 Kinder nachweisen. Sollten dies nicht eintreffen, könne es zu Rückzahlungen von Zuschüssen kommen.

